



Mobilitätsausschuss

Niederschrift über die 4. Sitzung des Mobilitätsausschusses am 16.06.2020

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67 in 18437
Stralsund

Sitzungsdauer: 17:30 - 21:00 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Herr Thomas Reichenbach

Kreistagsmitglied

Herr Roland Herrmann

Frau Andrea Kühl

Herr Thomas Schulz

Herr Dr. Ronald Zabel

Frau Anita Zimmermann

Sachkundige Einwohner/-in

Herr Steffen Bartsch-Brüdgam

Herr Mario Bauch

Herr Rolf Martens

Frau Friederike von Buddenbrock

Stellvertreter/-in

Herr Kai Danter

Herr Frank Ilchmann

Herr Maximilian Schwarz

Herr Steffen Worm

für Herrn Schöler

für Frau Präkel

für Frau Lohrmann

Von der Verwaltung

Frau Franziska Behm

Herr Thomas Baase

Frau Gerlind Ockert

Herr Dietmar Schubotz

Protokollführung

SB Verkehrsplanung/ÖPNV

FGL Schulverwaltung

FGL Finanz- und Beteiligungsma-
nagement

Gäste:

Herr Ulrich Sehl

Frau Katrin Augustin

Herr Christoph Gipp

Geschäftsführer VVR

Beraterin, KCW GmbH

Geschäftsführer; Bereich Mobilität

IGES Institut GmbH

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Alexander Benkert

entschuldigt

Frau Julia Präkel

entschuldigt

Herr Norbert Schöler

entschuldigt

Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

entschuldigt

Sachkundige Einwohner/-in

Frau Heike Lohrmann

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Bestätigung der Niederschrift vom 21. Januar 2020
5. Diskussion und Beschlussfassung zur zukünftigen Arbeitsweise des Mobilitätsausschusses
6. Corona-Auswirkungen (Vortrag der VVR und KCW)
7. Aktueller Stand zum Nahverkehrsplan (Gast: IGIS-Institut)
8. Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD: "Anpassung der Schülerfreizeitkarte für SchülerInnen ohne Sammelzeitkarte" A/2/0154
9. Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: „Unterstützung der Einführung eines kostenlosen Senioren-Tickets im Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund“ A/3/0021
10. Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: "Anbindung der Ortsteile von Ribnitz-Damgarten an den Stadtverkehr" A/3/0024
11. Antrag der Kreistagsfraktion BVR/FW und BfS-FDP: „Aufnahme des straßenbegleitenden Radweges an der L 21 zwischen den Gemeinden Wieck und Born auf dem Darß in die Prioritätenliste des Landkreises Vorpommern-Rügen" A/3/0022
12. Antrag der Kreistagsfraktionen Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler und Bürger für Stralsund-FDP: „Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets im Bediengebiet der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH“ A/3/0031
13. Anfragen
14. Mitteilungen

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Reichenbach eröffnet die 4. Sitzung des Mobilitätsausschusses und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Herrn Sehl von der VVR, Herrn Gipp vom IGES-Institut und Frau Augustin vom KCW. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss mit 14 von 15 Mitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Heinemann, Geschäftsführer der Tourismusgesellschaft mbH Kap Arkona erläutert das aus seiner Sicht bestehende Problem des Linienverkehrs in Putgarten. Der Linienbus in Putgarten, welcher mehrfach am Tag fahre, werde von den meisten Einheimischen, Gewerbetreibenden und Urlaubern nicht gebraucht und genutzt. Die Linie sei neu aktiviert worden, durch den Ort bis Kap Arkona. Die Ortslage sei verkehrsberuhigt und seit 20 Jahren Fußgängerzone. Zudem sei der Weg durch den Ort sehr schmal und oft überfüllt mit Touristen, sodass das Passieren des Busses für die Touristen gefährlich sei. Herr Heinemann sagt, dass nach Ansicht der Gemeindevertretung und der Tourismusgesellschaft dieser Bus überflüssig sei, auch aufgrund der vielen Leerfahrten.

Er fragt, ob die Problematik bekannt sei und bittet um Lösung. Auch die Kosten sollten einmal hinterfragt werden.

Frau von Buddenbrock äußert, dass nach ihrem Kenntnisstand eine langjährige Kooperation zwischen der Wegebahn und der VVR bestehe und der Straßenaufbau gar nicht für Lastverkehr geeignet sei. Ebenso regt sie an, die Kosten dieser Zusatzstrecke kritisch zu hinterfragen. Wenn es sich nicht trage, sollte der Linienbus eingestellt werden.

Herr Baase erklärt, dass hier ein gerichtliches Verfahren laufe und der Ausschuss vor dem Hintergrund vorsichtig sein müsse.

Herr Dr. Zabel regt an, die Thematik auf die nächste Tagesordnung des Mobilitätsausschusses zu nehmen und sich alle Seiten angehört werden sollten.

Herr Reichenbach sagt, dass auf der letzten Ausschusssitzung für Soziales und Gesundheit vom stellvertretenden Ausschussmitglied Herrn Zahn eine Anfrage bzgl. der Fahrradmitnahme im Öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere im Bus, gestellt worden sei. Er bittet Herrn Sehl um Stellungnahme.

Herr Sehl erklärt, dass die Fahrradmitnahme grundsätzlich kostenpflichtig sei. Bezüglich der Mitnahme sagt er, dass die Mitnahme von Fahrrädern bei Bussen, die mit Fahrradanhängern ausgestattet sei, aufgrund der Kapazität keine Probleme darstelle. Ohne Fahrradanhänger gestalte es sich hingegen etwas schwieriger. Dort könne es tatsächlich vorkommen, dass Fahrräder nicht mitgenommen werden können und dürfen, da die Fahrzeuge bauartbedingt oftmals gar nicht dafür ausgerüstet sind und keine Rückhalteeinrichtung haben. Bei den Fahrzeugen, die über eine Rückhalteeinrichtung verfügen, liegt es im Ermessen des Busfahrers. Der Besetzungsgrad des Busses müsse berücksichtigt werden sowie Flucht- und Rettungswege freigehalten werden.

Weitere Anfragen gibt es nicht.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Reichenbach sagt, dass ihm ein Antrag vom Ausschussmitglied Herrn Herrmann aus Februar vorliege bzgl. der Weiterführung der Darßbahn bis Graal-Müritz und bittet, diesen mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Danter fragt nach der Eilbedürftigkeit des Antrages.

Herr Herrmann äußert, dass er den Antrag bei der Verwaltung eingereicht habe und er über die Aufnahme auf die heutige Tagesordnung etwas irritiert sei. Sinnvoller sei es doch, diesen für die nächste Ausschusssitzung zu berücksichtigen, sodass die Verwaltung Gelegenheit habe, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Eine gute Vorbereitung sei notwendig.

Herr Dr. Zabel erklärt, dass er die Verschiebung des Antrages ebenfalls für sinnvoll erachte.

Herr Reichenbach bittet um Abstimmung über die Verschiebung des Antrages zur nächsten Ausschusssitzung.

Der Ausschuss stimmt der Verschiebung des Antrages einstimmig zu.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 21. Januar 2020

Hinweise oder Anmerkungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Ausschuss bestätigt einstimmig bei drei Enthaltungen die Niederschrift über die 3. Sitzung vom 21. Januar 2020.

5. Diskussion und Beschlussfassung zur zukünftigen Arbeitsweise des Mobilitätsausschusses

Herr Reichenbach sagt, dass sich der Ausschuss in seinen ersten Sitzungen eine Agenda/Prioritätenliste aufgestellt habe, nach dieser nun die Punkte abgearbeitet werden würden.

Herr Dr. Zabel erklärt, dass sich der Ausschuss nicht grundlos diese Agenda gestellt habe, aus dieser heraus dann die Anträge gestellt werden sollten. Die Fraktion Grüne habe auf der vergangenen Sitzung des Kreistages darum gebeten, keine Einzelanträge zu stellen. Im Ausschuss habe man sich jedoch eine andere Agenda gegeben, sodass die einzelnen Punkte diskutiert und abgearbeitet werden können. Daher sollte im Ausschuss ein Konsens gefunden werden.

Herr Bauch stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Zabel zu. Ebenfalls sagt er, dass eine Flexibilität in der Prioritätenliste wünschenswert sei.

Herr Reichenbach entgegnet, dass die Liste dynamisch sei.

Herr Martens erklärt, dass jede Fraktion seine Prioritäten individuell setze und kritisiere, dass oftmals einzelne Punkte aus der Agenda herausgegriffen werden und als Antrag in den Kreistag gebracht werden und letztlich wieder im Ausschuss landen würden. Diesen Weg unterstütze die Fraktion nicht.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

6. Corona-Auswirkungen (Vortrag der VVR und KCW)

Herr Sehl, Geschäftsführer der VVR, informiert über die Auswirkungen der Corona-Krise bei der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (siehe Anlage).

Frau von Buddenbrock fragt bzgl. des Beschlusses des Kreistages über die Bewilligung eines überplanmäßigen Betriebskostenzuschusses an die VVR, ob die liquiden Mittel jetzt auskömmlich seien.

Herr Sehl erklärt, dass man nicht wisse, was die Zukunft in Bezug auf die Corona-Pandemie bringe. Der Ausgleichsbedarf wurde nach jetzigem Kenntnisstand (Mai 2020) ermittelt und basiert auf einer entsprechenden Prognose der Einnahmeausfälle 2020 (im Vergleich zu 2019). Diese sind gemäß öDA vom Landkreis auszugleichen.

Des Weiteren berichtet **Frau Augustin** von der KCZ GmbH über die Corona-Auswirkungen und den öffentlichen Dienstleistungsauftrag (siehe Anlage).

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

7. Aktueller Stand zum Nahverkehrsplan (Gast: IGIS-Institut)

Herr Gipp, IGES-Institut GmbH berichtet über den aktuellen Stand zum Nahverkehrsplan Landkreis Vorpommern-Rügen (siehe Anlage).

Herr Martens sagt, dass er froh sei, dass Herr Gipp als Planer groß gedacht werde. Weiter geht er auf die grünen Markierungen an und fragt, was mit den anderen Markierungen sei.

Herr Gipp erklärt, dass die Mobilitätsdialoge mit eingeplant seien und folgen würden.

Herr Sobottka fragt, ob die Taktverfahren der Bahnen und Busse mit den nächsten Kreisen verbunden werden. Hinsichtlich der Bahn teilt er mit, dass die Parkplatzsituation an den Bahnhöfen auf der Insel Rügen nicht gut sei und für Fahrräder ungeeignet seien.

Herr Gipp erklärt zunächst bzgl. der Abstimmung mit den Landkreisen, dass zum Nahverkehrsplan MSE alle Aufgabenträger eingeladen worden seien. Vorab habe es eine kostenfreie Beteiligung gegeben, allerdings ohne das Land. Mit der Hansestadt Rostock müsse noch gesprochen werden. Weiter teilt Herr Gipp mit, dass für die Umsteigeanlagen für den Bereich ÖPNV zwar der Kreis Aufgabenträger sei, zuständig seien jedoch die Baulastträger zuständig. Im Bereich Bahn sei ein barrierefreier Bahnhofszugang in Arbeit.

Frau von Buddenbrock bestätigt die schlechten Bedingungen an den Bahnhöfen auf der Insel Rügen.

Herr Worm fragt, wer an den Mobilitätsdialogen teilnehme.

Herr Baase erklärt, dass dies ganz unterschiedlich sei. Die Amtsvorsteher würden angeschrieben werden, sodass dann oft zwei Vertreter je Amtsbereich teilnehmen würden. Der Planer, die Verwaltung und die VVR nehmen ebenso teil.

Herr Worm sagt, dass er erstmals im Januar von den Mobilitätsdialogen gehört habe und regt an, die Bürger künftig zu beteiligen.

Herr Baase sagt, dass eine indirekte Beteiligung über die Amtsvorsteher erfolge.

Herr Bartsch-Brüdgam bittet auch darum, den Personenkreis zu beachten.

Herr Gipp fügt hinzu, dass die Einbindung der Einzelinteressen wichtig sei.

Herr Martens unterstützt die Ausführungen und ergänzt, dass auch die Transparenz wichtig sei.

Herr Bauch fragt, wann in Grimmen die Gespräche geplant seien.

Herr Baase antwortet, dass eine Antwort seitens der Stadtverwaltung Grimmen noch ausstehend sei.

Herr Dr. Zabel gibt zu Bedenken die Dialoge nicht so groß öffentlich zu machen, vor dem Hintergrund, dass der Effekt des Mitgestaltens unterschätzt werde. Zudem sollte bzgl. Mobilität über die Kosten und die Schwerpunkte nachgedacht werden.

Frau von Buddenbrock äußert, dass sie den Mobilitätsausschuss und den Kreistag in der Verantwortung sehe. Eine digitale Beteiligung sei zudem wünschenswert.

Herr Baase erklärt, dass die Beteiligung in den Prozess miteinbezogen werde, man jedoch in den Kapazitäten eingeschränkt sei und eine Unterstützung vom Mobilitätsausschuss wünschenswert sei.

Herr Worm sagt, dass eine regelmäßige Information zu den Mobilitätsdialogen ausreichend sei.

Herr Baase entgegnet, dass die Termine nicht öffentlich seien und dies Aufgabe des Bürgermeisters sei. Er sichert zu, dass er dieses Anliegen noch mal mitnehme.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

8. Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD: "Anpassung der Schülerfreizeitkarte für SchülerInnen ohne Sammelzeitkarte"
Vorlage: A/2/0154

Frau Ockert erklärt, dass die Schülerfreizeitkarte Tarifsache der VVR sei und nichts mit der Schülerbeförderung zutun habe.

Herr Sehl erklärt, im MoBi-Ausschuss im März 2020 die Empfehlung ausgesprochen wurde, die Anpassung der Schülerfreizeitkarte an den Wegfall der Mindestentfernung zu koppeln. Hierzu war für die 2. Märzhälfte ein Pilotprojekt, wie angekündigt, initiiert worden, welches auf Grund des Lockdowns durch die Corona Pandemie nicht realisiert werden konnte.

Herr Dr. Zabel sagt, dass der Wegfall der Mindestentfernung sehr engbesiedelte Bereiche wie zum Beispiel Stralsund betreffen würde. Er glaube nicht, dass die Busse überlaufen würden. Herr Dr. Zabel erklärt, dass hier eine Verzögerung im Raum stehe.

Frau Kühl schließt sich der Aussage von Herrn Dr. Zabel an. Sie sehe keinen Grund für eine Verschiebung.

Herr Bauch schlägt eine Verschiebung auf nächstes Jahr vor, da das Verhalten durch Corona anders sei.

Herr Schubotz führt aus, dass der Feldversuch für die Ermittlung der Kosten gedacht gewesen sei. Der Kreistag müsse sich über die Kosten Gedanken machen.

Herr Worm fragt, wie lange auf den Feldversuch gewartet werden solle.

Herr Herrmann sagt, dass er den Feldversuch als sinnvoll erachte und dieser abgewartet werden solle. Der Antrag solle sodann erneut in die Ausschusssitzung im September mit aufgenommen worden. Letztlich entscheide der Kreistag.

Herr Danter äußert, dass er den Antrag für beschlussfähig halte und es zunächst erstmal Aufgabe des Landkreises sei, hier zu prüfen.

Frau Ockert erklärt, dass eine Ermittlung rein rechnerisch möglich sei. Jedoch stehe die Frage im Raum, wie viele Verkehrsmittel und Busfahrer dann mehr eingesetzt werden müssen.

Herr Sehl sagt, dass es sich um keine Verzögerungstaktik handelt und bekräftigt die vorgeschlagene Vorgehensweise vom März. Grundsätzlich seien Schülerfreizeitkarte und Mindestentfernung unterschiedliche Themen, die aber zusammen betrachtet werden sollten, da es um die Mobilität der Schüler gehe. Es sei davon auszugehen, dass ein Mehrbedarf an Fahrzeugen und Fahrpersonal entstehe. Der Umfang sollte über den Piloten prognostiziert werden.

Herr Reichenbach bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich bei der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH als Gesellschafter dafür einzusetzen, dass die Schülerfreizeitkarte zu gleichen Konditionen für SchülerInnen ohne Sammelkarte (Schülerticket) angeboten wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt

9. **Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: „Unterstützung der Einführung eines kostenlosen Senioren-Tickets im Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund“**
Vorlage: A/3/0021

Herr Baase informiert, dass am 9. März 2020 Gespräche mit der Hansestadt Stralsund und der VVR stattgefunden haben und über die Möglichkeit diskutiert worden sei, wie schnell mit der Einführung eines Seniorentickets gerechnet werden könne, damit nicht auf den Nahverkehrsplan gewartet werden müsse. Die VVR habe der Hansestadt ein Angebot gemacht, dass die Hansestadt über die Anzahl der Senio-

ren, die sie kennen müsse, ein Ticketkontingent kurzfristig bei der VVR kaufen könne. Wenn ein gewisses Kontingent gekauft werde, und die Hansestadt den Senioren dieses kostenfrei zur Verfügung stelle, könnten diese den ÖPNV nutzen. Zunächst müsse die Hansestadt Stralsund Zahlen liefern, wie viele Senioren betroffen seien. Auf eine Zuarbeit werde derzeit noch gewartet. Herr Baase erklärt weiter, dass es sich hier weder um eine Tarifmaßnahme noch eine leistungsbezogene Maßnahme seitens der VVR sei, handle es sich hierbei um eine Angelegenheit, die zwischen der VVR und der Hansestadt Stralsund zu klären sei. Der Landkreis begleite jedoch weiterhin als Aufgabenträger.

Herr Dr. Zabel teilt mit, dass die Intension gewesen sei, den Nahverkehrsbetrieb dazu zu bewegen, Zahlen auf den Tisch zu legen und der Hansestadt Stralsund ein Angebot zu unterbreiten, sodass eine Grundlage für einen Bürgerschaftsbeschluss vorhanden sei. Wenn klar sei, wie viele Senioren betroffen seien und die Kosten pro Senior bekannt seien, könne eine Entscheidung in der Bürgerschaft getroffen werden.

Herr Baase verweist auf das Tarifheft der VVR.

Herr Sehl fügt hinzu, dass man sich im geltenden Tarif bewege. Jetzt gebe es eine Zahl an Personen über 70 Jahren in Stralsund, bei der die Hansestadt Stralsund losgelöst vom Tarifsystem und Nahverkehrsplanungsfragen bereit sein könne, für eine Bürgergruppe etwas zu tun. Dann müssten alle an einen Tisch kommen, um u.a. zu verhandeln, wie weit eine Rabattstaffel zu genehmigten Tarifen möglich sei. Dann komme noch mal der Gesellschafter ins Spiel, der diese Rabattstaffel dann genehmigen müsse.

Herr Dr. Zabel ergänzt, dass dann nachjustiert werden müsse, wie das Seniorenticket dann genutzt werde. Sinn des Antrages sei es mitunter gewesen, die Angelegenheit zu beschleunigen. Aus den Ausführungen von Herrn Sehl entnehme er, dass man es nicht über die Kreisebene hätte machen müssen, sondern es zunächst ausreiche, wenn die Hansestadt Stralsund mit der VVR in Kontakt trete und die VVR dann zunächst bilateral vorbereite. Wenn es dann um Rabatte gehe, komme es in den Kreistag.

Herr Martens bittet den Antragsteller Herrn Worm, den Antrag zurückzuziehen. Er werde den Antrag nicht unterstützen und sehe keine Handhabe, hierüber abzustimmen.

Herr Worm erklärt aufgrund der neuen Erkenntnisse, dass er den Antrag zurückziehe.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich dafür aus, das Vorhaben des Oberbürgermeisters der Hansestadt Stralsund zur Einführung eines kostenlosen Seniorentickets für den öffentlichen Personennahverkehr im Bedienegebiet „Stadtgebiet Hansestadt Stralsund (Tarifwabe 100)“ der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: vom Einreicher zurückgezogen

10. Antrag der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler: "Anbindung der Ortsteile von Ribnitz-Damgarten an den Stadtverkehr"
Vorlage: A/3/0024

Herr Worm erläutert den Antrag.

Herr Baase informiert, dass im ersten heutigen Mobilitätsdialog darüber gesprochen worden sei. Ein finales Ergebnis zur Umsetzung sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststehend. Mit einer Umsetzung könne wenn dann ab 2022 gerechnet werden.

Herr Worm erklärt, dass ihm das alles zu lange dauere.

Herr Sehl verweist auf den seit 15.06. in Sassnitz eingesetzten 2. Stadtbus. Diese Leistungsausweitung wurde in enger Abstimmung zwischen VVR, dem LK und der Stadt Sassnitz ermöglicht und wird durch die Stadt finanziert. Diese Option bestünde auch für RDG.

Frau von Buddenbrock sagt, dass dies Bestandteil des neuen Nahverkehrsplanes sei.

Herr Reichenbach bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich dafür aus, dass folgende Ortsteile von Ribnitz-Damgarten - Hirschburg, Klockenhagen, Altheide, Borg und Körkwitz - an den Stadtverkehr von Ribnitz-Damgarten angeschlossen werden und somit auch zu den Tarifbedingungen des Stadtverkehrs befördert werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei zwei Enthaltungen und einer Ja-Stimme abgelehnt

11. Antrag der Kreistagsfraktion BVR/FW und BfS-FDP: „Aufnahme des straßenbegleitenden Radweges an der L 21 zwischen den Gemeinden Wieck und Born auf dem Darß in die Prioritätenliste des Landkreises Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/3/0022

Herr Baase sagt, dass der zuständige Sachbearbeiter Herr Löwen (Teamleiter Bauleitplanung) heute leider nicht vor Ort sei, verweist jedoch auf das Handout der Prioritätenliste (siehe Anhang). Weiter informiert Herr Baase, dass der Radwegebeauftragte seine Tätigkeit ab August/September aufnehmen werde.

Herr Bartsch-Brüdgam, dass der Antrag ungünstig formuliert sei und er die Zuständigkeit vielmehr beim Kreistag sehe.

Herr Schulz richtet die Bitte an den Einreicher, den vorliegenden Antrag umzuformulieren und in den Kreistag zu geben.

Herr Dr. Zabel schlägt vor, die Thematik im Ausschuss zusammen mit dem Radwegebeauftragten noch mal zu besprechen und als Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung mitaufzunehmen.

Herr Reichenbach schließe sich den Ausführungen an.

Herr Worm beantragt die Verschiebung des Antrages auf die Ausschusssitzung im September. Herr Löwen sowie der Radwegebeauftragte, welcher ab August/September 2020 eingestellt werde, sollen sodann zu dem Tagesordnungspunkt eingeladen werden.

Herr Reichenbach bittet um Abstimmung über die Verschiebung des Antrages.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, den straßenbegleitenden Radweg an der L 21 zwischen den Gemeinden Wieck und Born auf dem Darß in die Prioritätenliste des Landkreises Vorpommern-Rügen für wichtige Radwegebaumaßnahmen im Kreisgebiet aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: vertagt auf die Ausschusssitzung im September

12. **Antrag der Kreistagsfraktionen Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler und Bürger für Stralsund-FDP: „Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets im Bediengebiet der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH“**
Vorlage: A/3/0031
-

Herr Baase führt aus, dass das Thema bei der Landesregierung aufgrund der Corona-Krise geruht habe. Es gebe ein Zukunftsbündnis, die sich mit dem Thema beschäftigen, die sich jedoch erst nach der Sommerpause wieder zusammensetzen würden.

Herr Worm erläutert den Antrag.

Herr Dr. Zabel sagt, dass hier zunächst die Kosten interessant sein würden, die mit der Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets einhergehen. Diese Fakten sollten bis zur nächsten Ausschusssitzung vorgelegt werden. Zudem fehle im Antrag die Deckungsquelle.

Herr Bauch stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Zabel zu.

Frau Kühl sagt, dass eine Überarbeitung des Antrages notwendig sei.

Frau von Buddenbrock, dass zunächst erst mal die Azubis vor Ort berücksichtigt werden sollten.

Herr Schubotz erklärt, dass aus den Anträgen oftmals nicht hervorgehe, ab wann dies gelten solle.

Frau Ockert fügt hinzu, dass aus dem Antrag genauer hervorgehen müsse, welche Azubis gemeint seien. Ein Azubi sei in der Regel derjenige, der sich in einer dualen Ausbildung befinde.

Herr Danter regt an, den Antrag zunächst als Prüfantrag zu sehen.

Herr Martens beauftragt die Verwaltung zunächst zu prüfen. Der Antrag hingegen

müsse umformuliert werden.

Herr Reichenbach bittet um Umformulierung des Antrages zur Ausschusssitzung im September.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich für die Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets für den Öffentlichen Personennahverkehr im Bediengebiet der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen GmbH für Auszubildende und Studenten mit Wohnsitz im Landkreis Vorpommern-Rügen aus, die eine Berufliche Schule im Landkreis Vorpommern-Rügen besuchen.

Abstimmungsergebnis: vertagt auf die Ausschusssitzung im September

13. Anfragen

Anfragen werden nicht gestellt.

14. Mitteilungen

Herr Reichenbach bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

21.09.2020 gez. Thomas Reichenbach
Datum, Unterschrift
Thomas Reichenbach
Ausschussvorsitzender

21.09.2020 gez. Franziska Behm
Datum, Unterschrift
Franziska Behm
Protokollführerin